

# Neuer ungeheuerlicher Schiedspruch im Buchdruckgewerbe!

Scharfe Lohnkürzung, Abbau der Urlaubsentschädigung. Die Auswirkung der Anweisungen Stegerwalds an den Schlichter

Das im Buchdruckgewerbe vorgelebene tarifliche Schiedsgericht, das Zentral-Schiedsgericht, hat am 16. April zur Erneuerung des Manteltarifes einen Schiedspruch, der ungeheure Verschlechterungen vorsieht.

Die Bezahlung der Schichtarbeit wird gekürzt; wodurch die Schichtarbeiter eine Lohnkürzung bis zu 1.80 Mark pro Woche erwischt. Die Zuschläge für regelmäßige Sonntagsarbeit werden von 90 auf 75 Prozent herabgesetzt, die Wochenendzuschläge bei Kurzarbeit auf nur noch 10 Prozent bemessen und die Verhütungsgelder für die letzten drei Verjahre je nach der Ortsklasse um 1.92 bis 2.40 Mark pro Woche herabgesetzt. Die Verhütungsgelder sind, da sie sich in Prozenten des Gehaltens messen, bereits im Vorjahre gleich den Gehaltensminderungen um 18 Prozent gekürzt worden. Kurzarbeit soll künftig mangels einer Vereinbarung mit einer Ausnahmefrist von drei Tagen angelegt werden können.

Die bedeutsame Verschlechterung liegt jedoch in der Bestimmung, daß auch für die Vollarbeiter der Urlaubslohn im laufenden Jahre „in Anbetracht der Notzeit“ nur noch mit 70 Prozent ausbezahlt werden soll, während die Kurzarbeiter den Urlaubslohn wie bisher nur anteilig nach Höhe der geleisteten Kurzarbeit erhalten, jedoch ebenfalls nicht über 70 Prozent des Vollarbeiterlohnes hinaus.

Die Buchdrucker leben hier, wie die 19 Millionen Hindenburgkämpfer die Schlichtungsinstanzen dazu ermuntert haben, ungeheure Verschlechterungen zu diktieren. Die Führer des Buchdruckerverbandes, die zur Wahl Hindenburgs aufgefordert haben, weil sie für die Politik der Brüningregierung sind, werden nichts tun, um die ungeheuerlichen Verschlechterungen abzuwehren. Die Belegschaften sind ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen. Es ist notwendig, in jedem Betrieb unter Führung der selbstgewählten Kampfleitungen, die aus aufrechten Kämpfern bestehen müssen, jeden Lohnabbau und jede Verschlechterung

abzuwehren. Dies um so mehr, als zur Erneuerung des Lohn-tarifs ein weiterer Lohnabbau-Schiedspruch zu erwarten ist.

Dieser Schiedspruch im Buchdruckgewerbe geht aber auch die gesamte Arbeiterklasse an, denn er zeigt die Auswirkungen der Anweisungen, die Stegerwald den Schlichtern gegeben hat. Ungeheure Verschlechterungen drohen. Es ist notwendig, in allen Betrieben zu alarmieren, in jedem Betrieb die breiteste rote Einheitsfront des Kampfes herzustellen.



Jeder Betrieb, jede Stammpolstation und jeder Ort muß vertreten sein!

**Sonnabend den 23. April**

beginnt in Chemnitz mit den Industriegruppenlagungen der

**4. Landeskongreß der RGO**

Nutzt deshalb die wenigen Tage, die bis dahin zur Verfügung stehen aus und wählt in allen RGO-Gruppen Delegierte!

# Glasbläser rüsten zum Kampf!

Aus der Ausbeuterhöhle Siemens, Freital. In einer Woche ganze 7.58 Mark Lohn

(Arbeiterkorrespondenz)

Ungeheure Zustände herrschen in der Glasfabrik Siemens in Freital. Das Antreibersystem hat ungeheure Formen angenommen. Ein großer Teil der Arbeiter verdient bei körperlich schwerer Arbeit nicht einmal den Tariflohn. Die Ausbläser hatten früher einen Garantielohn, den die Firma bezahlte, wenn die Ausbläser nicht auf ihr Geld kamen. Jetzt sind die Verhältnisse so, daß ein Teil dieser Ausbläser bis 30 und 40 Prozent unter Tarif arbeiten müssen.

Verheiratete verdienen in diesem Monat in 5 Tagen die eine Woche 7.58 Mark, die andere Woche 12.40 Mark. Andere Ausbläser verdienen in 5 Tagen 10 bis 13 Mark. Die Arbeiter sind nicht in der Lage, während der Arbeitszeit auszutreten. Von der Pause von einer halben Stunde müssen die Ausbläser eine Viertelstunde opfern, um die Formen anzuwärmen.

Weder der Betriebsrat noch der Fabrikarbeiterverband hat bisher etwas unternommen, um den Arbeitern zu ihrem Lohn zu verhelfen. Am Sonntag, dem 17. April, fand eine Versammlung der Ausbläser statt. Dort kam zum Ausdruck, daß die Ausbläser nicht mehr länger gewillt sind, für diesen Hungerlohn zu schufteln. Die Ausbläser fordern: Festlegung eines Garantielohnes von 24 Mark pro Woche. Sie verlangen vom Betriebsrat, daß er sofort bei der Direktion vorstellig wird, und dort die Forderung der Ausbläser vertritt. Bis zum Freitag dieser Woche verlangen die Ausbläser Antwort. Am nächsten Sonntag werden sie in einer neuen Versammlung Stellung nehmen. Die Ausbläser fordern alle Arbeiter des Betriebes auf, sich ihrem Vorgehen anzuschließen. Nur durch geschlossenes Auftreten der gesamten Belegschaft können die Glasarbeiter sich einen menschenwürdigen Lohn erkämpfen.

Darüber hinaus müssen die Glasarbeiter aber erkennen, daß ihr Kampf nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sich von der Masse freimachen, daß ihnen die Verbandsbürokratie oder die reformistischen Betriebsräte beistehen würden. Deren Rolle besteht eben gerade darin, den Unternehmern bei ihren Lohnabbau-maßnahmen Hilfsdienste zu leisten und die Arbeiter vom Kampf abzuhalten.

Die einzige Organisation, die eine erfolgreiche Führung des Kampfes verbürgt, ist die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Deshalb Glasarbeiter, schließt die rote Einheitsfront unter Führung der RGO.

## Reformisten für Mahregelung roter Betriebsräte

Die Direktion der Ausbleibfabrik Kellnerbach mahregelte in der vorigen Woche zwei rote Betriebsräte, weil sie die Belegschaft über die neuen Abbaumassnahmen der Direktion informiert hätten. Der Einspruch der roten Betriebsräte wurde von allen reformistischen Betriebsräten abgelehnt.

## GD-Betriebsrat bietet Unternehmer 10 Prozent Lohnabbau an

Vor einigen Tagen teilte die Textilfirma „Etem“ in Ehrenfriedersdorf dem Betriebsrat mit, daß sie gezwungen sei, den Betrieb stillzulegen. Sollte die Belegschaft aber gewillt sein, 10

bis 15 Prozent billiger zu arbeiten, dann würde die Firma den Betrieb weiterführen. Der reformistische Betriebsratsvorsitzende berief darauf eine Sitzung des Betriebsrates ein, in der das rote Betriebsratsmitglied absichtlich nicht geladen wurde. Am 13. April fand nun eine Belegschaftsversammlung statt, wo die Belegschaft zum Lohnraub Stellung nehmen sollte. Der reformistische Betriebsratsvorsitzende Küchler sprach zum Lohnabbau und empfahl den Kollegen, in den lauten Applaus zu beifallen, das heißt 10 Prozent Lohnabbau hinzunehmen. Fast alle Kollegen hatten nur eine Meinung, so wie Küchler den Lohnabbau schmackhaft gemacht hat, besser konnte es der Unternehmer tatsächlich auch nicht tun. Der Textilarbeiterbund Arnold von Buchholz, welcher ebenfalls anwesend war, sprach sein Wort zu diesem Lohnraub, sondern verdrückte sich beiseite. Dieses Beispiel zeigt wieder, daß Verbandsbürokratie und reformistische Betriebsräte die Interessen der Arbeiter und reformistische Arbeiter nur unter Führung der RGO die Lohnraubpläne abwehren können.

## Getarnter Waffentransport

In Koblenz (Schlesien) untersuchten Eisenbahner einen ihnen verdächtig erscheinenden Transport von Fässern, die als Benzin verpackt waren und stellten fest, daß die Fässer an Stelle Benzin Gewehre und Karabiner enthielten.

# Für Gemeindearbeiter und für Unterstützungsempfänger ist kein Geld da

Der Finanzbankrott der Gemeindeverbände

Die katastrophale Zuspitzung der Finanzlage der deutschen Gemeinden hat den Vorstand des deutschen und preussischen Städtetages veranlaßt, die Lage der deutschen Städte jetzt öffentlich bekannt zu geben. Noch vor zwei Monaten wurde

das Defizit der deutschen Gemeinden mit 300 Millionen Mark im laufenden Wirtschaftsjahr angegeben

Wie jetzt bekannt gegeben wird, stellt sich das Defizit aber tatsächlich auf 750 Millionen Mark,

zu denen noch ein Fehlbetrag von 350 Millionen aus dem Jahre 1931 hinzukommt, so daß das Defizit innerhalb zwei Jahren weit über eine Milliarde Reichsmark beträgt. Außerdem sind die deutschen Gemeinden mit ungefähr 3 Milliarden Mark kurzfristig an inländische Banken verschuldet. Es ist den Gemeinden seit einem Jahre bereits unmöglich, diese schon längst fälligen Schulden zurückzuzahlen.

Wie der Vorstand des Städtetages mitteilt, ist diese katastrophale Lage mit dadurch entstanden, daß viele Staatshaushalte ihre eigenen Defizite auf die Gemeinden abwälzen versuchen. Besonders Preußen sei in dieser Politik führend gewesen. In Preußen seien die kommunalen Poststellen trotz der Gehaltsenkung der Schupobeamten 1932 weit größer als 1931. Wenn das Reich nicht sofort mit größeren Mitteln eingreife, besteht die ernste Gefahr, daß die Zahlung der Zinsen, Löhne, Gehälter und

# Lohnabbau diktiert gegen die Bauarbeiter

Wie ein bürgerliches Nachrichtenbüro meldet, hat der Reichsarbeitsminister für die Durchführung der Lohnkürzungen im Baugewerbe besondere Schlichter bestellt. Nachdem der gefällte Schiedspruch von beiden Seiten abgelehnt wurde, sollen jetzt die Sonderrichter das Lohnabbau diktiert, das neue Verschlechterungen für die Bauarbeiter bringt, durchführen. Die Bauarbeiter müssen sofort der Widerstand gegen den Lohnabbau organisieren.

# Internationaler Bergarbeiterkongreß gegen imperialistischen Krieg

Für die Siebenkundschaft im Bergbau

Wir haben bereits gestern kurz über den internationalen Kongreß der Bergarbeiter berichtet, der am Sonnabend und Sonntag im Ludwigsplatz in Saarbrücken stattgefunden hat. Auf diesem Kongreß haben die Genossen Hertz und Sabotta unter höchster Begeisterung der Delegierten die Fragen der Organisation des Kampfes der Kämpfer gegen die Grubenbetone, die Probleme der kapitalistischen Wirtschaftskrise und des proletarischen Ausweges, sowie die drohende Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion behandelt.

Wir tragen im folgenden noch einen kurzen Bericht nach: Die Eröffnungsfundgebung war ausgefüllt mit einer Reihe Begrüßungsansprachen der Vertreter der Delegationen aus den verschiedenen kapitalistischen Ländern, die sämtlich mit großer Begeisterung aufgenommen wurden. Zahlreiche Telegrammadressen wurden beschlossen, von denen vor allem den Telegrammen an die freilebenden nordböhmischen Kohlenbergarbeiter, an die freilebenden Textilarbeiter von Vienne, an den Kohlenbergarbeiterverband der Sowjetunion und an den Kongreß der RGO, Moskau, enthusiastisch zugestimmt wurde. Der Kongreß überwiegt aus einer Sammlung den freilebenden Bergarbeitern in Nordböhmen 225 Kronen.

In der Sonntagsvormittagsitzung wurden die Begrüßungsansprachen fortgesetzt. Nach dem Korreferat der Genossen Albert Jun und Wolff, England, folgte die Diskussion ein, an der sich bis zum Abend 20 Redner der ausländischen Delegationen beteiligten.

Nach dem Bericht der Mandatprüfungskommission waren insgesamt 125 Delegierte erschienen und 6 Vertreter der revolutionären Bergarbeiterverbände, die sich folgendermaßen zusammensetzten: Tschechien 6, Holland 3, England 6, Belgien 12, Frankreich 28, Spanien 1, Deutschland 34, Österreich 1, Saargebiet 30, Polen 4. Davon sind organisiert: 89 in den revolutionären Verbänden, 19 in den reformistischen Verbänden, 10 in den christlichen Verbänden, 6 Unorganisierte, 1 Sozialist.

Neben diesen Delegierten sind an der Einreise verhindert: 4 Delegierte aus der Tschechoslowakei, 4 Delegierte aus Spanien, denen man die Ausreise nicht genehmigte, 1 Delegierter der italienischen Bergarbeiter, die in Belgien beschäftigt sind, 1 Delegierter der polnischen Bergarbeiter, die in Belgien beschäftigt sind.

Der einmütige Verlauf des Einheitskongresses der Kohlenbergarbeiter Europas dokumentiert erneut die Einheit der revolutionären Kämpfer der Kohlenbergarbeiter unter Führung der RGO. Von dem Kongreß wird eine neue Welle der breitesten Massenmobilisation der Bergarbeiter für die Siebenkundschaft und gegen den imperialistischen Krieg ausgehen.

# Reichsbahnausbesserungswert vor der Stilllegung

Das RRV Stargard, eines der größten Eisenbahnausbesserungswerke Deutschlands, hat die früher 3000 Arbeiter starke Belegschaft bereits auf 1000 Arbeiter reduziert. Aus einem Bericht der Stargarder Stadtverordnetenversammlung ist zu entnehmen, daß die vollständige Stilllegung dieses Wertes in nächster Zeit zu erwarten ist.

Durch diese neuen Massenentlassungen auf der Reichsbahn eskaliert sich der Arbeitsbeschaffungsschwindel der ADGB-Bürokraten, die den Arbeitern vorlegen, daß durch neue große Aufträge der Reichsbahn Tausende von Arbeitern eingestellt werden könnten.

Unterstützungen in größerem Umfang eingestellt werden müsse. Die riesigen Polizeilasten, die besonders in Preußen die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden in erster Linie mitverschuldet haben, werden natürlich nicht abgebaut. Die Lasttragenden sollen wieder die Arbeiter, Angestellten und Unterstützungsempfänger sein. Nur der entschlossene Kampf in der roten Einheitsfront kann den hier drohenden Unterstützungsabbau verhindern.

Den Gemeindearbeitern und -angestellten soll durch neuen Lohn- und Gehaltsabbau die Existenzmöglichkeit noch weiter geschnitten werden. Die bankrotten Gemeindefassen will man auf ihre Kosten sanieren. Sie und die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger sind es, auf deren Schultern Länder und Gemeinden die Defizite ihrer Haushaltpläne verringern wollen.

Deshalb jetzt wieder die Forderung auf Lohnabbau, der so rasch als irgend möglich durchgeführt werden soll. In allen Gemeindefassen müssen die Arbeiter sofort zur Lage Stellung nehmen, Kampfausschüsse wählen und gegen jeden Versuch anfechten, ihnen den Lohn weiter zu schmälern.

Am Sonntag, dem 24. April tagt in Chemnitz der Landeskongreß der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Die Delegierten der Gemeindefassen werden dort zu den Siegen ihres Kampfes und seiner einheitlichen Führung durch die RGO, Stellung nehmen. Wählt sofort in jedem Betrieb Delegierte!

# Millionen rauchen

Das anerkannt hochwertige Produkt jahrzehntelanger Erfahrungen unseres Hauses

